

Thema Energiewende

„Die deutsche Energiewende: Kostentreiber oder Klimaretter?“

Thesen: Dr. Brigitte Knopf, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Potsdam

- I. Die Energiewende ist weltweit der erste ernst gemeinte Versuch, die Wirtschaft eines Industrielandes vollständig zu dekarbonisieren. Die Energiewende hat mehrere Ziele, deren Priorisierung derzeit nicht klar ist. Neben den Zielen Klimaschutz und Atomausstieg verselbständigt sich zunehmend ein weiteres Ziel der Energiewende, nämlich der Ausbau der Erneuerbaren Energien.
- II. Versteht man die Energiewende als Umstieg auf die Erneuerbaren Energien bei gleichzeitigem Ausstieg aus der Kernkraft, ist sie bislang ein Erfolg. Die Produktion von Strom aus Sonne und Wind hat ein nie dagewesenes Maß erreicht.
- III. Versteht man die Energiewende jedoch als Beitrag zum globalen Klimaschutz, ist sie bislang kein Erfolg. Die Emissionen sind vielmehr in Deutschland im letzten Jahr angestiegen.
- IV. Die Ziele Klimaschutz und Ausbau der Erneuerbaren stehen somit zunehmend in Konflikt zueinander. Ein Ausbau der Erneuerbaren führt nicht automatisch zu einem gleich großen Emissionsrückgang, und Technologien wie CCS (Carbon Capture and Storage) werden hierzulande ausgeblendet.
- V. Die Erneuerbaren können wichtige Nebennutzen bieten, etwa die Dezentralisierung der Energieerzeugung oder lokale Wertschöpfung. Diese Nebennutzen werden in zunehmendem Maße in den Vordergrund gestellt. Dann muss allerdings auch gezeigt werden, dass diese Nebennutzen nicht mit anderen Maßnahmen als dem Ausbau der Erneuerbaren besser und kostengünstiger erreicht werden können.
- VI. Die Fokussierung auf den Stromsektor blendet Emissionen aus anderen Sektoren aus wie Transport und Wärme – diese werden auch vom europäischen Emissionshandel bislang nicht erfasst.
- VII. Der Erfolg der Energiewende bemisst sich daran, inwieweit andere dem deutschen Beispiel folgen – namentlich Europa. Nötig wäre eine europäische Öffnung der Energiewende, was auch einige Zielkonflikte der Energiewende entschärfen könnte. Die Diskussion um die Gestaltung des europäischen Rahmens für 2030 wird derzeit allerdings von der deutschen Politik verschlafen.

Thesen: Prof. Dr. Erik Gawel, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ Leipzig / Universität Leipzig

- I. Die Energiewende ist nicht allein an Kosten zu messen, die auf der Stromrechnung auftauchen, und auch nicht allein anhand heutiger (verzerrter) Marktpreise: Entscheidend ist der Pfadübergang auf ein neues System, das langfristig niedrigere Preise und eine sichere Versorgung verspricht. Den heutigen Kosten der Energiewende stehen hohe Nutzen gegenüber als langfristiges Investment in Nachhaltigkeit. Die als hoch wahrgenommenen Kosten des „Pfadübergangs“ dienen der langfristigen Sicherung einer günstigen Energieversorgung („Versicherungsprämie“) und vermeiden Folgekosten fossil-nuklearer Versorgung.
- II. Die Option nicht-konventioneller fossiler Ressourcen (u. a. „Fracking“) scheint demgegenüber ein Gelegenheitsfenster für ein „günstiges“ Weiter-so zu eröffnen.
- III. Das EEG ist bislang Garant des einzig erfolgreichen Energiewende-Teils. Mittel- bis langfristig ist aber unstrittig, dass wir eine Markt- und Systemintegration der Erneuerbaren Energien brauchen – der künstliche Schutzraum des EEG kann nicht ewig aufrechterhalten werden. Ein Gegenmodell zum EEG ist ein technologieoffener Wettbewerb der Energieträger mit wenigen Zielvorgaben (z. B. CO₂-Minderung, EE-Quote).

- IV. Die hohen Kosten und Raumwiderstände des Systemumbaus können gemildert werden, wenn durch Energieeffizienz und -einsparung der Energiebedarf stark gesenkt wird. Zugleich gerät der Strommarkt unter Druck, der gegenwärtig Energiemengen, nicht aber installierte Leistung vergütet. Hier stellt sich die Frage nach einem neuen Marktdesign.
- V. Energiewende besteht aus vielen Bausteinen. Es fehlt aber ein Masterplan für die Systemtransformation. Gerade im „Pfadübergang“ brauchen wir wohl mehr Staat, nicht weniger. Die Bundesländer müssen ihre Aktivitäten dringend koordinieren; sie dürfen nicht eine regionale Wirtschaftsförderung via EEG-Umlage zu Lasten Dritter organisieren.
- VI. Die Nutznießer der Stromwende müssen diese auch finanzieren. Die aktuelle Lastenverteilung ist jedoch ungerecht und sachlich kaum begründbar: Die Ausnahmen zugunsten der Industrie gehören überprüft. Die „Bürgerdividende“ ist grundsätzlich ein guter Ansatz zur Akzeptanzerhöhung. Der Strompreis ist überdies gegenwärtig keine Gefahr für die soziale Balance; diese Debatte ist interessenpolitisch verzerrt.
- VII. Anders als öffentlich wahrgenommen ist die Energiewende kein deutscher Alleingang in Europa. Vielmehr bestehen nur graduelle Unterschiede. Die undifferenzierte Forderung nach „mehr Europa“ ist – falls nicht ohnehin interessenpolitisch gegen die deutsche Energiepolitik motiviert – ahistorisch und apolitisch und negiert regionale Präferenzunterschiede ebenso wie rechtliche Kompetenzfragen. Die „Europadebatte“ muss versachlicht werden.